



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung  
am 5. Februar 2019  
Rathaus, Raum 301 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

---

Vorsitz :

Stv. Schuchalter-Eicke

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil):** 17:03 Uhr

**Ende:** 20:50 Uhr

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 57/18, 02/19).

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Anwesenheit:

Stv. Dr. Müller vertritt Stv. Obergfell

Stv. Lambrou ist nicht anwesend

Stv. Lohrmann ist nicht anwesend

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Einladung zur Tagesordnung vom 31.01.2019

## Öffentliche Sitzung

### Tagesordnung I

#### 0001 Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt II/5 wird auf die Tagesordnung I umgesetzt.

Die Tagesordnungspunkte I/7 und I/8 werden gemeinsam beraten.

Es erfolgt zuerst die Beschlussfassung zur Tagesordnung II (Punkte 1-4).

Die Beratungsreihenfolge danach ist wie folgt:

- Tagesordnungspunkte I/1 bis I/9
- Tagesordnungspunkt II/5
- Tagesordnungspunkte I/10 bis I/11

Die von der Fraktion Linke&Piraten zu Tagesordnungspunkt II/5 vorgelegte Protokollnotiz hat sich durch die Umsetzung des Punktes auf die Tagesordnung I erledigt.

Im Übrigen bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig genehmigt

#### 0002 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.12.2018

Einstimmig genehmigt

### Bereich Wirtschaft:

#### 0003 18-F-05-0020

Wirtschaftsförderung optimieren

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 121 vom 03.05.2018 -  
Aktueller Sachstand

Der mündliche Bericht von Bürgermeister Dr. Franz wird zur Kenntnis genommen.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Bürgermeister Dr. Franz bietet an, dass sich die Ausschussmitglieder direkt an den Magistrat (Dezernat II) wenden können, sofern Fragen der Fraktionen zu diesem Punkt bestehen.

Der Ausschuss diskutiert darüber, ob der ausführliche, mündliche Bericht des Bürgermeisters ausreichend ist oder ob zusätzlich ein kurzer schriftlicher Bericht vorgelegt werden soll. Der Ausschuss entscheidet mehrheitlich, dass zu den mündlichen Ausführungen ein kurzer schriftlicher Sachstandsbericht vorgelegt werden soll. Stv. Pfeifer weist darauf hin, dass diese Festlegung nur für diesen Tagesordnungspunkt gelten kann. Dies wird durch den Ausschuss bejaht.

Bürgermeister Dr. Franz teilt in der Sitzung mit, dass es einen kurzen schriftlichen Sachstandsbericht geben wird.

Einstimmig Kenntnisnahme

**0004 18-F-33-0005**

Fußgängerzone aufwerten - Sicherheit erhöhen  
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 168 vom 03.05.2018 -  
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 447 vom 08.11.2018 -  
Aktueller Sachstand

Die Präsentation sowie die weiteren Ausführungen von Bürgermeister Dr. Franz werden zur Kenntnis genommen.

Der Magistrat wird gebeten, spätestens in der Sitzung am 14.05.2019 über den aktuellen Sachstand betr. eines/r City Manager/in zu berichten.

Einstimmig angenommen

### Bereich Beschäftigung:

**0005 19-F-08-0010**

Beschäftigungssituation bei der Berufsfeuerwehr Wiesbaden - Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 30.01.2019 -

Stv. Hebenstreit beantragt, dass der Magistrat anwesend ist, wenn der Bericht vorgelegt wird und dass der Antrag wie folgt ergänzt wird:

„Gibt es zurzeit eine Frauenbeauftragte bei der Berufsfeuerwehr Wiesbaden?“

Mit der Ergänzung einstimmig angenommen

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung  
am 5. Februar 2019

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0006 19-F-08-0011**

Nulltarif im ÖPNV auch für Beschäftigte bei städtischen Gesellschaften - Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 30.01.2019 -

Stv. Schuchalter-Eicke stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag an den Beteiligungsausschuss zu überweisen.

Bei Enthaltung Stv. Knauer angenommen (Weiterleitung an den Beteiligungsausschuss)

**0007 19-F-08-0012**

Personalbedarf bei Wiesbadener Schulen  
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 30.01.2019 -

Der mündliche Bericht von Frau Adam (Schulamt) wird zur Kenntnis genommen.

Durch Aussprache erledigt

**0008 18-F-21-0024**

Unterstützung der städt. Gremien und Gesellschaften zur Ausarbeitung eines Konzepts, um Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bei öffentlicher Auftragsvergabe auszuschließen  
- Beschluss des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung Nr. 67 vom 28.08.2018 -

Aktueller Sachstand

Die Tagesordnungspunkte I/7 und I/8 werden gemeinsam beraten.  
Die beiden Punkte werden in die nächste Sitzung des Ausschusses am 26.03.2019 verschoben, da kein Vertreter des Magistrates anwesend ist.

Stv. Hagenmüller stellt den Antrag, Herrn Leschnik (DBG) als sachkundigem Bürger das Rederecht zu erteilen.

Dies wird gegen die Stimmen von Stv. Hagenmüller und Linke&Piraten abgelehnt, denn der Antrag auf Verschiebung wurde bereits gestellt.

Einstimmig angenommen (Verschiebung nächste Sitzung)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0009 18-F-21-0053

Sachstandsbericht Schwarzarbeit  
- Beschluss des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung Nr. 65 vom 28.08.2018 -

Aktueller Sachstand

Die Tagesordnungspunkte I/7 und I/8 werden gemeinsam beraten.  
Die beiden Punkte werden in die nächste Sitzung des Ausschusses am 26.03.2019 verschoben, da kein Vertreter des Magistrates anwesend ist.

Stv. Hagenmüller stellt den Antrag, Herrn Leschnik (DBG) als sachkundigem Bürger das Rederecht zu erteilen.

Dies wird gegen die Stimmen von Stv. Hagenmüller und Linke&Piraten abgelehnt, denn der Antrag auf Verschiebung wurde bereits gestellt.

Einstimmig angenommen (Verschiebung nächste Sitzung)

### Bereich Frauen:

0010 17-F-03-0017

Integrationskonzept für geflüchtete Menschen; hier: weibliche Geflüchtete  
- Bericht des Dezernates VI vom 24.10.2018 -  
- Beschluss Nr. 107 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 04.12.2018 -

Der mündliche Bericht von Herrn Betanski (Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge) wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen

0011 **Aktuelles aus dem kommunalen Frauenreferat**

Kenntnisnahme

0012 **Verschiedenes**

Kenntnisnahme

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## Tagesordnung II

0013 18-A-54-0002

Umsetzung Prostituiertenschutzgesetz; Informationsmaterial über die Angebote zur  
Beratung, Untersuchung usw.  
- Bericht des Dezernates II vom 27.11.2018 -

Einstimmig angenommen

0014 18-F-21-0039

Ambulante gynäkologische Sprechstunde für Frauen ohne Krankenversicherungsschutz  
- Bericht des Dezernates II vom 30.11.2018 -

Einstimmig angenommen

0015 18-F-21-0054

Zusätzliche Mittel für Soziale Hilfen  
- Bericht des Dezernates VI vom 16.11.2018 -

Einstimmig angenommen

0016 18-V-80-8011

Vermittlungsmodell Schloss Freudenberg - Fortführung ab 2019

Einstimmig angenommen

0017 19-V-20-0003

Mindestfrauenanteil in der Aktiengesellschaft und GmbH mit verpflichtendem Aufsichtsrat

Die von der Fraktion Linke&Piraten zu Tagesordnungspunkt II/5 vorgelegte Protokollnotiz  
hat sich durch die Umsetzung des Punktes auf die Tagesordnung I erledigt.

Im Ausschuss besteht Verwunderung, dass in der Vorlage die Stellungnahme der  
Frauenbeauftragten als nicht erforderlich angekreuzt wurde. Der Ausschuss moniert zum  
wiederholten Mal, die falsche Auszeichnung der Vorlage und fordert die gesetzlich  
vorgeschriebene Beteiligung der kommunalen Frauenbeauftragten nachzuholen.

**Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung  
am 5. Februar 2019**

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

In dem Ausschuss werden verschiedene Beschlussformulierungen diskutiert und letztendlich wird ein Vorschlag von Stv. Pfeifer zur Abstimmung gebracht.

Bei Enthaltung der AfD angenommen

Anlagen

Wiesbaden, 20.02.2019

**Vorsitzende**

**Schriftführer**

Schuchalter-Eicke

Morbe